

QATAR UND SAUDI-ARABIEN BEFÖRDERER VON BÜRGERKRIEG UND AUSLÄNDISCHER INTERVENTION ZUR REGIONALEN POLITISCHEN NEUORDNUNG

KARIN KULOW

Wie sie im Falle Libyens mit dem von ihnen innerhalb der Arabischen Liga durchgesetzten Antrag auf Einrichtung einer Flugverbotszone den Weg zur nachfolgenden völkerrechtswidrigen NATO-Intervention geebnet hatten, so verfolgen beide Länder ein analoges Szenario nun offenkundig auch für Syrien.

Dabei sind beider Interessen keinesfalls kongruent und zwischen ihnen bestehen durchaus Rivalitäten. Dennoch sind sie sich in Bezug auf die Syrien-Krise im Grundsatz einig, nämlich darin, den Sturz des Assad-Regimes um jeden Preis herbeiführen zu helfen und nicht zuzulassen, dass der Iran in der Region noch weiter politisch an Macht gewinnt. Als wichtigste Geldgeber für die Arabische Liga suchen sie diese dabei für sich zu instrumentalisieren und zugleich den Anschein zu erwecken, dass es ihnen in erster Linie um Demokratie und Menschenrechte in Syrien ginge. Gerade so, als ob sie der Prototyp dafür seien.

Besonders eklatant sticht das Verhalten von **Qatar** ins Auge. Es ist in mancherlei Hinsicht mit dem der Türkei vergleichbar. Wie diese hatte es bis zum Ausbruch der Syrien-Krise ein beinahe freundschaftlich zu nennendes Verhältnis speziell auch zu Assad gepflegt. Völlig im Gegensatz dazu zählt es nun zu den eifrigsten Kriegstreibern gegen dessen Regime, wie es überhaupt seit Beginn des „Arabischen Frühlings“ seine zuvor eher vermittelnde außenpolitische Haltung zugunsten einseitiger Parteinahmen aufgegeben hat. Es unterstützt finanziell und materiell die politische wie militante Opposition und beeinflusst mittels seines TV-Kanals „Al-Jazeera“ die weltweite öffentliche Meinung im Sinne der Aufständischen. Qatar setzte sich dafür ein, dass der Sitz Syriens in der Arabischen Liga zugunsten der Opposition suspendiert worden ist, nutzte das in seiner Hauptstadt im März 2013 durchgeführte Gipfeltreffen der Arabischen Liga für die Legalisierung von Waffenlieferungen nach Syrien und nicht zuletzt wirkte es maßgeblich an der Formierung der Oppositionskoalition sowie deren Anerkennung als einzig legitime Vertreterin des syrischen Volkes mit. Diesem Zweck diene nicht zuletzt auch die Eröffnung eines offiziellen Botschaftsgebäudes in Doha.

Gestützt auf seine immense Finanz- und beeindruckend wachsende Wirtschaftskraft sieht Qatar im „Arabischen Frühling“ offenbar für sich eine Chance, bei dem damit verbundenen Transformationsprozess innerhalb der arabisch-islamischen Welt die Rolle einer Führungsmacht zu übernehmen und sich als regionaler Partner der USA unverzichtbar zu machen. Es hat ohnehin den Anspruch, ein Hort der Bildung und eine moderne Variante monarchistischer Herrschaft in der Golfregion zu sein. Und zwar gemäß seinem Selbstverständnis, wonach in einer mehrheitlich vom Islam geprägten Region gerade muslimische politische Persönlichkeiten dazu beizutragen vermögen, moderne arabische Nationen, eingebunden in neue Demokratien, entstehen zu lassen.

Als ein spezieller Mentor muslimbruderschaftlicher Organisationen geht es für Qatar bei seinem Bemühen um die Beförderung des Assad-Sturzes vorrangig darum, auch in Syrien derartige Kräfte des politischen Islam an die Macht zu bringen, selbst auf die Gefahr hin, sein bislang auf Normalität ausgerichtetes Verhältnis zum Iran erheblich zu belasten. Offensichtlich verspricht sich Qatar von einem solchen Machtwechsel in Damaskus größere Vorteile. Es hätte dann in diesem geostrategisch so bedeutsamen Syrien den Fuß in der Tür – nicht zuletzt mit Blick auf seine Investitionsinteressen in der Levante bis hin zur Realisierung einer Erdgaspipeline zum Mittelmeer.

Allerdings wird Qatar seinen hochtrabenden Ambitionen auf Meinungsführerschaft innerhalb der arabisch-islamischen Welt nur insoweit Geltung zu verschaffen vermögen, wie es damit nicht Saudi-Arabiens eigenen Ansprüchen auf eine regionale Hegemonierolle zuwiderläuft. Jedenfalls ist ihm dieses inzwischen mindestens schon zweimal spürbar in die Parade gefahren: Zum einen, als es in Ägypten den Sturz des von Qatar gesponserten Präsidenten Mursi und der ihn tragenden Muslimbruderschaft herbeiführen half. Zum

anderen, indem es den qatarischen Einfluss auf die syrische Oppositionskoalition durch Lancierung eines eigenen Vertrauten auf den Vorsitzposten beschneidet.

Das Herangehen von **Saudi-Arabien** an die Syrien-Krise wird in erster Linie von seinem bereits seit längerem schwelenden Konflikt mit dem Iran bestimmt. Dabei geht es nicht allein um machtpolitische, sondern in hohem Maße auch um religiös-ideologische Erwägungen. Ein „rotes Tuch“ für Saudi-Arabien in Bezug auf Iran bilden insbesondere dessen Atomprogramm sowie sein Konzept vom „Schiitischen Halbmond“ – sich von Teheran, über Bagdad und Damaskus bis in das libanesische Hizbullah-Gebiet erstreckend. Zudem wird Iran die Verantwortung dafür angelastet, dass die eigene schiitische Minderheit, konzentriert vor allem in der Ost-Provinz – das ist die Provinz mit den größten Erdölförderstätten, die sich zudem in der Nachbarschaft zu Bahrain befindet –, immer wieder gegen die Zentralgewalt in Riad aufbegehrt. Iran wird auch dafür verantwortlich gemacht, dass sich die schiitische Mehrheit in Bahrain gegen den dortigen König zum Protest erhoben hat. Auch die gewaltsame Niederschlagung der Oppositionsbewegung in Bahrain durch saudische Militäreinheiten im Truppen-Verbund des Golf-Kooperationsrates (GCC) sollte so gerechtfertigt werden. Die in Saudi-Arabien vorherrschende erzkonservative wahhabitische Lehre ist ausgeprägt anti-schiitisch ausgerichtet; ihr gilt vor allem die in Iran dominante schiitische Auslegung des Islam als reine Häresie.

Im Sturz des Assad-Regimes wird nun offensichtlich der Hebel gesehen, den Iran in die Schranken zu weisen sowie das eigene Gewicht als Regionalmacht zu stärken. Begründet wird dies damit, den sicherheitsstrategischen Interessen der gesamten Region dienen zu wollen. Nach Meinung saudischer Regierungskreise befördere die Intransigenz des Assad-Regimes die extremistischen Bewegungen; deshalb bedrohe diese die regionale und internationale Sicherheit. Gelänge dessen Sturz, ließe sich die direkte schiitische Linie von Teheran bis zur Levante kappen. Zugleich würde die sunnitische Bevölkerungsmehrheit in Syrien machtpolitisch gestärkt. Auch in Libanon könnte so die durch das gewachsene Gewicht der schiitischen Hizbullah gestörte inner-islamische politische Kräftebalance wieder zugunsten der Sunniten verändert werden. Deshalb also die weitreichende Unterstützung Saudi-Arabiens vor allem für die bewaffnete sunnitische Opposition, einschließlich deren extremistische Kampftruppen, durch die sich der syrische Bürgerkrieg mehr und mehr entlang religiös-ideologischer Trennlinien ausgeweitet hat.

In dieses Kalkül gehört auch die beständig erhobene Forderung nach ausländischer Intervention und dementsprechend die sofortige Zustimmungserklärung zu dem von Obama auf dem G-20-Gipfel avisierten Militärschlag. Um so größer ist bei Saudi-Arabien wie auch bei Qatar und den übrigen GCC-Staaten nun der Unmut über die US-amerikanisch-russische Einigung zur Vernichtung der syrischen C-Waffen – eben weil damit dem eigenen Wunsch nach Intervention zum Sturz des Regimes in Damaskus nicht hinreichend genüge getan wird.

Nahezu zeitgleich erfolgte die Bekanntgabe der Lieferung neuer, noch modernerer Waffen an die „Freie Syrische Armee“. Inzwischen sind Pläne ruchbar geworden, wonach Saudi-Arabien die Aufstellung eines rund 100.000 Kämpfer umfassenden Vereinigten Militärkommandos im Rahmen der Arabischen Liga anstrebt, das entlang der jordanischen Grenze stationiert werden und dann als Ausgangspunkt für eine Invasion in Syrien dienen soll.

Solange diese Unterstützung vor allem für die bewaffnete Opposition durch Geld und Waffen fortgesetzt wird, ist an ein Ende der Kampfhandlungen nicht zudenken. Das aber ist nicht nur für einen Erfolg der von Russland und den USA getroffenen Übereinkunft zur Vernichtung der C-Waffen in Syrien unerlässlich, sondern vor allem auch für eine politische Lösung des Syrienkonflikts und eine Befriedung der gesamten Region.

22. September 2013

Prof. Dr. Karin Kulow, Berlin, ist Mitglied des Gesprächskreises Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung.